

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantw. Redakteur i. B.: Jdenko Neuwirth, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 28. Juli 1937

Nr. 175

Fernost-Krieg unabwendbar?

Japanisches Ultimatum abgelehnt

Kriegszustand in Peiping

Peiping. Die chinesischen Behörden haben die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie das japanische Ultimatum ablehnen und entschlossen sind, sich zu wehren. Die japanischen Militärbehörden gaben den chinesischen Behörden bekannt, daß sie zu einer Aktion schreiten werden, falls die chinesischen Truppen nicht aus Peiping abberufen würden.

Nach diesen beiden Erklärungen wird jetzt ein japanisch-chinesischer Konflikt in großen Ausmaßen als unabwendbar angesehen.

Schweres Gefecht in Peiping

Tokio. Die Nachrichten-Agentur Domei meldet aus Peiping, daß Dienstag um 17 Uhr bei Nanjuan, 10 Kilometer südlich von Peiping, ein heftiger Kampf begonnen hat. Die 38. Division der Chinesen griff die japanischen Truppen an, wurde jedoch zurückgeschlagen. In Peiping wurde der Kriegszustand proklamiert.

Die Garden der ausländischen Gesandtschaften in Peiping haben Bereitschaft. Es sind Sandsäcke vorbereitet, damit so schnell als möglich die Eingänge in das Gesandtschaftsviertel verbarrikadiert werden können.

Peiping bereits ohne Drahtverbindung

Schanghai. Alle telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit Peiping sind schon unterbrochen. Der Verkehr mit Peiping ist nurmehr durch drahtlose Telegraphie möglich.

Nordchina in Waffen

Nanking. Die Nanking Regierung läßt mit größter Beschleunigung Truppenabteilungen nach Nordchina schaffen, u. zw. in Eisenbahnzügen, Automobilen und auf Schiffen. Gleichzeitig werden Lebensmittelvorräte und Kriegsmaterial nach Nordchina transportiert. Die Regierung hat ihren Truppen, welche sich bereits in der Provinz Hopei befinden, die Befehle erteilt, sich unter den Befehl des Generals Sunshichuan zu stellen.

Grauensvolles Gemetzel

Tientsin. Die Nachricht von der Vernichtung der chinesischen Befehls in Tientsin hat in hiesigen chinesischen Kreisen große Erregung ausgelöst. Es laufen Gerüchte um, daß die chinesischen Soldaten nach ihrer Entwaffnung durch Maschinengewehr- und Geschützsalven niedergeschossen wurden.

Der hiesige Vertreter der japanischen Militärbehörden bestätigte die Nachricht, daß bei Tientsin von den Japanern ein chinesisches Bataillon, das sich weigerte, seine Waffen abzuliefern, vernichtet wurde.

Die Westmächte sind — besorgt

Amerika protestiert nicht einmal

Aus London wird gemeldet: Die Lage in China wird in London mit besorgter Aufmerksamkeit verfolgt. Die britische Regierung steht in ständiger Verbindung mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs, um durch übereinstimmendes Vorgehen eine möglichst weitgehende Sicherung der fernöstlichen Interessen zu erzielen. Der britische Geschäftsträger in Tokio wurde von London beauftragt, im japanischen Außenministerium darzulegen, daß Großbritannien japanische Truppenaktionen in unmittelbarer Umgebung von Peking und in Peking selbst verurteilen sehen möchte. Eben, der im Unterhause auf eine Frage Major Attlees auch diese Tatsache erwähnte, erklärte, daß die britische Regierung sowohl der chinesischen wie der japanischen Regierung gegenüber ständig ihre Besorgnis zur Kenntnis gebracht und ihr Interesse an einer friedlichen Einigung nachdrücklich ausgesprochen habe. In der gleichen Weise sei von der französischen und der amerikanischen Regierung vorgegangen worden.

Einigermaßen im Widerspruch damit wird aus Washington berichtet: Auf Anfrage über die Stellungnahme Amerikas zum Nord-

china-Konflikt teilte Staatssekretär Hull mit, er habe erneut in Tokio und Nanking die Hoffnung ausdrücken lassen, daß die Kämpfe in Peiping aufhören möchten, da auch zahlreiche Amerikaner dort wohnen (!). Amerika wünsche keine Konsultation mit anderen Mächten in dieser Frage und werde sich nicht an Vermittlungsversuchen beteiligen. Auch irgendein Protest sei nicht beabsichtigt.

Das furchtbare Ringen um Madrid

Regierungsfrent hält stand

Madrid. (Havas.) Die Aufständischen haben Dienstag seitig sehr neuerlich einen heftigen Druck auf die republikanischen Positionen in einer Entfernung von ungefähr 2 Km. südlich von Villa Nueva de la Canada ausgeübt. Die Artillerie der Aufständischen eröffnete ein intensives Bombardement auf die republikanischen Schützengraben und besetzte sogar die zweite Linie der Republikaner mit ihrem Feuer. Die Tanks der Aufständischen versuchten dann an die Regierungslinien heranzukommen, wurden aber zurückgeschlagen. Der Angriff der maurischen Infanterie wurde nachmittags abgewiesen, wobei die Aufständischen-Abteilungen über 800 Tote hatten.

Der Generalstab der Regierung ist der Ansicht, daß die Verluste der Franco-Truppen bei der letzten Offensive etwa 20.000 Mann betragen.

Die Franco-Truppen unternahmen nach einer heftigen Artillerievorbereitung einen Angriff auf Villa Nueva del Paraiso. Nach zweitägigem Kampf zwangen aber die Regierungstruppen den Feind zum Rückzug.

Schwere polnische Angriffe gegen Hitler-Deutschland

Bewegte Debatte im Sejm

Warschau. Gelegentlich der Beratungen über die von der Regierung eingebrachten Gesetze für Polnisch-Oberschlesien kam es in der Dienstag-Plenarsitzung des Sejm zu einer bewegten Debatte über die polnisch-deutschen Beziehungen. Der Abg. Nowak aus Katowitz wies u. a. darauf hin, daß die Genfer Konvention die Folge seiner suggestiven deutschen Propaganda war und nichts anderes als eine Einschränkung der Souveränität Polens in diesem Lande bezweckte. Unter dem Deckmantel der Genfer Konvention feierte die deutsche Propaganda wahre Orgien. Der Redner beschwerte sich sodann über die Entnationalisierung der polnischen Minderheit im Dritten Reich und erklärte u. a., daß entgegen der seinerzeitigen Erklärung des Reichslanklers Hitler die Polen im Dritten Reich auf Grund des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft eigentlich aller Bürgerrechte beraubt wurden. Die Wirkungen des Erbhofgesetzes sind die gleichen wie jene des herlichigten Enteignungsgesetzes, welches vor dem Weltkriege gegenüber den Polen in Deutschland angewendet wurde. Die polnische Presse in Deutschland werde von den deutschen Behörden liquidiert und das polnische Schutzwesen unter-

Die Verhaftungen vom Tage

London. Die „Times“ melden, daß der sowjetrussische Außenhandelskommissar Rosenzweig nebst zwei Vizekommissären sowie einigen Traktanten verhaftet wurden. Ihnen wird die Verantwortung für das 36 Millionen Rubel betragende Defizit der Außenhandelsbilanz angelastet. Weiter wurde dem gleichen Blatte zufolge auch der Vizekommissar für Ackerbau verhaftet, sowie zahlreiche Leiter des Komso. Auch die Schriftsteller Pasternak und Bilnaal sollen verhaftet worden sein.

Die Würde ist in Ihre Hand gegeben...

Wien. Die oberösterreichische Vaterländische Front fordert alle Österreicher, welche in diesen Tagen zu dem Sängerefest nach Breslau reisen, auf, österreichische Abzeichen zu tragen und sich würdig zu benehmen. Gegen Personen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird nach ihrer Rückkehr eingeschritten werden.

Die bange Frage

Wie lange noch Weltkonjunktur?

Die halbe Million Männer und Frauen, die infolge des Konjunkturanstieges wieder als schaffende Menschen in den Wirtschaftsprozess unseres Landes eingegliedert werden konnten, haben kein stärkeres Verlangen als das, daß die Konjunktur anhaltend sei und sie vor einem neuen Zurückfallen in die Arbeitslosigkeit bewahrt. Aber die Erfahrung ihres Arbeiterlebens lehrt sie, daß die Wirtschaftskrisen mit ihren hochgehenden Wellen der Massenarbeitslosigkeit periodisch wiederkehren. Und so schließt sich immer wieder die Frage an sie heran: Wie lange wird die Konjunktur noch andauern? Wie lange werden wir noch Arbeit und Erwerb haben?

Daß die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes auf das stärkste mitbestimmt wird von der Entwicklung der Weltwirtschaft, das mußte in den letzten Jahren auch von jenen anerkannt werden, die die innige Verflechtung der „nationalen“ Wirtschaft mit der Weltwirtschaft am liebsten leugnen. So wie die Weltreise des Kapitalismus mit nur geringer Verzögerung auch die tschechoslowakische Wirtschaft erfaßte, so hat dann auch — wieder mit einiger Verzögerung — die weltwirtschaftliche Belebung die Produktion, die Beschäftigung und den Handel unseres Landes in die Höhe gerissen.

Eben jetzt sind wir soweit, daß die industrielle Produktion der Tschechoslowakei den Stand von 1929 überholt hat, und die Arbeitslosigkeit eine so starke Abnahme verzeichnet, die vor einem Jahre nicht als wahrscheinlich angenommen wurde. Dabei lassen alle in den letzten Tagen veröffentlichten Berichte darauf schließen, daß der Wirtschaftsanstieg sich weiter fortsetzt. In einige Industriebereiche und die bedeutendsten Konzernunternehmen der Eisenindustrie melden, daß ihr Auftragsbestand und Auftragslage ihnen die Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsstandes und die Fortführung des erweiterten Produktionsumfanges bis tief in das Jahr 1938 hinein garantieren.

Wenn also auch nach dem Ablauf des Sommeres mit einem saisonmäßigen Rückschlag zu rechnen ist, so einem tiefen Einbruch in die Produktionskonjunktur und die Gesamtwirtschaft der Tschechoslowakei dürfte es kaum kommen. Diese Perspektive gilt freilich nur dann, wenn nicht die Arbeitslosigkeit über Europa hereinbricht, von deren Vorbereitung die Weltkonjunktur noch immer genährt wird.

Während die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft unseres Landes gerade das stärkste Tempo eingeschlagen hat, sind an den Weltmärkten der Wirtschaft einige Vorgänge zu beobachten, die als Symptome einer sich ankündigenden Störung der Konjunktur gewertet werden können. So hat die Haufe an den Weltwarenmärkten ihr Ende gefunden und einer unsicheren Lage Platz gemacht. Die Produktion einiger wichtiger Rohstoffe und auch der Verbrauch geht zurück. Die Vorräte, um die man sich zu Beginn des Jahres rief, nehmen wieder zu. Obwohl die Weltmarktpreise gefallen sind, haben die Großhandelspreise in den Ländern kaum nachgegeben und die nationalen Lebenshaltungskosten haben sich in der Mehrzahl der Länder weiter erhöht. Dadurch sind die Ausweitungsmöglichkeiten des Inlandskonsums in diesen Staaten begrenzt worden, da nur vereinzelte wesentliche Erhöhungen des Reallohnes zu verzeichnen sind. In den wirtschaftlichen Großmächten, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, ist eine gewisse Zurückstellung der Ausführung großer privater Investitionen festzustellen, die teils auf die umfassenden Anstrengungen zur Fertigstellung der Ausrüstung, teils auf die Besorgnisse vor einer eventuellen Überkapazität zurückzuführen, die den kapitalistischen Profit schmälern könnte.

In diesen beiden Ländern, am stärksten wohl in Großbritannien, versucht man, sich auf nicht zu vermeidende Rückschläge vorzubereiten. Es wird die Errichtung eines öffentlichen Investitionsamtes verlangt, das öffentliche Investitionsprojekte soweit vorbereiten soll, daß sie ausgeführt werden können, sobald sich ein ernsther Rückschlag in der Produktion und in der Beschäftigung bemerkbar machen.

Es ist vorläufig noch nicht soweit. Es wären noch genug Möglichkeiten für ein längeres Fort-

drückt. Der zweite oberschlesische Abgeordnete, Ligon wies gleichfalls auf die schwere Situation der polnischen Minderheit im Dritten Reich hin und verlangte, daß die deutsche Minderheit in Polen dieselbe Behandlung erfahre, wie die polnische Minderheit im Dritten Reich; solange auf dem Gebiete des Oppelner Schlesiens die polnische Minderheit entnationalisiert und unterdrückt werde, dürfen den Deutschen in Polen keine Privilegien zuerkannt werden. Nach einer Erklärung des Vizeministers für Justiz Grelmonski, der u. a. sagte, daß die Regierung von der Sorge um das Schicksal der polnischen Minderheit im Dritten Reich erfüllt ist und dieser Frage ihre größte Aufmerksamkeit widmet, wurde die Regierungsvorlage betreffend die Amtssprache der Richter, Staatsanwälte und Notare im Bereiche des Katowitzer Bezirksgerichtes in der vorgelegten Fassung angenommen, wobei sich jedoch die aus Oberschlesien stammenden Abgeordneten der Abstimmung enthielten. Während der Debatte über die Agrarreform stellte der oberschlesische Abgeordnete Ligon die Forderung, daß der parzellierte Boden in Oberschlesien vor allem den oberschlesischen Arbeitern zugestellt wurde, welche den besten Schutzwahl gegen alle Umstürze und irredentistischen Bestrebungen bilden werden.

